

Peer Wiechmann

Zum Umgang mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen im ländlichen Raum Ostdeutschlands: Hako_reJu - Ein Handlungskonzept für die Jugendarbeit

Das hier vorgestellte Handlungskonzept für die Arbeit mit rechtsextrem gefährdeten und orientierten Jugendlichen im ländlichen Raum ist im Rahmen eines zwischen 2011 und 2014 vom Bundesprogramm „Toleranz Fördern - Kompetenz Stärken“ geförderten Modellprojekts entstanden. Dessen Grundannahme war, dass die Mitarbeiter_innen der Offenen Jugendarbeit in dieser wichtigen und schwierigen Aufgabe über eine solide Handlungssicherheit verfügen sollten, zumal rechtsextrem orientierte und/oder gefährdete Jugendliche und Heranwachsende in manchen (oft ländlichen) Regionen der Bundesrepublik die Szenen junger Menschen dominieren. Zwar liegen Empfehlungen für die Gemeinwesenarbeit und für die Schule vor; auch gibt es Argumentationshandbücher und eine Vielzahl an Projektbeschreibungen. Die Kolleg_innen der Offenen Jugendarbeit jedoch, die dieser Herausforderung am direktesten ausgesetzt sind, können auf keine hinreichend praxisnahen Konzepte und Handreichungen zurückgreifen. Im folgenden Beitrag werden die wesentlichen Ergebnisse des Modellprojekts sowie das entwickelte Handlungskonzept vorgestellt.

Die Entwicklung des Handlungskonzepts und zentrale Befunde

Um ein Handlungskonzept zu entwickeln, das so bedarfs- und praxisorientiert wie möglich ist, haben wir drei Fachebenen in die Entwicklung einbezogen.

1. Es wurden Praxispartner_innen aufgesucht, die direkt mit den Jugendlichen aus belasteten Gegenden arbeiten. Voraussetzung für die Teilnahme am Modellprojekt war ein klares Problembewusstsein darüber, dass die jeweilige Einrichtung einen unmittelbaren Handlungsbedarf darin erkennt, den Umgang mit „rechtsextrem gefährdeten“ Kindern und Jugendlichen vor Ort neu zu regeln. Nach einer überregionalen Vorrecherche in Verbänden, Jugendhilfestrukturen und bei freien Trägern in verschiedenen Bundesländern und nach ausführlichen Vorgesprächen wurden neun Jugendeinrichtungen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ausgewählt. Mit deren Mitarbeiter_innen wurde durch Vorort-

Interviews, Selbstbeschreibungen der Arbeitsfelder, teilnehmende Beobachtungen bei jugendkulturellen Angeboten der Jugendeinrichtungen und angrenzenden Schulen sowie durch moderierte Gruppendiskussionen in der Gesamtrunde aller Projektteilnehmer_innen eine Bedarfs- und Situationsanalyse erstellt.

2. Weitere Befunde und Einschätzungen über die Situation in den Bundesländern sowie den spezifischen Orten der "first-line practitioners" wurden von regionalen und fachspezifischen Expert_innen eingeholt, z.B. vom Kulturbüro Sachsen, von Miteinander e.V. Sachsen-Anhalt, dem DGB Brandenburg, MOBIT und der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, von Lichtblicke e.V. (Berlin) mit dem Schwerpunkt Elternarbeit, der Fachstelle ‚Gender und Rechtsextremismus‘ der Amadeu-Antonio-Stiftung, dem Projekt „Rote Linie“ für die Qualifizierungsarbeit im Jugendhilfebereich sowie von Vaja e.V. (Bremen) für die aufsuchende und akzeptierende Arbeit.
3. Die so erarbeiteten Bedarfs- und Situationsanalysen wurden dann an fünf ausgewählte Wissenschaftler_innen gegeben, die als Fachexpert_innen der Felder Sozialpsychologie/Vorurteilsforschung, Soziale Arbeit, Politikwissenschaft, Gender und Rechtsextremismus ausgewiesen sind. Deren Aufgabe war es, hieraus Expertisen mit Einschätzungen sowie Vorschläge für pädagogische Methoden, Maßnahmen und Strukturveränderungen, die einen systematischen Umgang mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen im Rahmen der offenen Jugendarbeit ermöglichen, aus ihren Fachbereichen zu erstellen. Stefan Dierbach, Michaela Köttig, Beate Küppers, Kurt Möller und Roland Roth schafften mit ihren Analysen und Empfehlungen die wissenschaftliche Grundlage zur Entwicklung des entstandenen Handlungskonzepts. Die Befunde wurden in einem Treffen zum Praxis-Wissenschafts-Transfer und in zwei Konferenzen mit den Vertreter_innen der Jugendarbeit (Praxispartner_innen u.a.), sowie den Fachexpert_innen und den Wissenschaftler_innen diskutiert.

Aus der wissenschaftlichen Bearbeitung der Situations-/Bedarfsanalysen und der Rückkopplung mit den Praktiker_innen ist somit ein Handlungskonzept entstanden, das drei zentrale Punkte herausgearbeitet und zwei davon bereits in einer Erprobungsphase umgesetzt hat:

1. Um auf die teilweise äußerst prekären Bedingungen der Offenen Jugendarbeit einzugehen, wurden praxisnahe Handlungsempfehlungen entwickelt und erprobt. Diese bauen auf einem Interventionsplan auf, der ein strukturiertes Vorgehen erleichtern soll. Ergänzend wurden pädagogische Materialien hergestellt, wie z.B. Arbeitsblätter für Analysetools, Methodenbeschreibungen, Vorschläge zu „good practice“ Maßnahmen und Hintergrundinformationen über die Äußerungsformen des Rechtsextremismus wie auch über die Grau- und Übergangsbereiche der ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘. Über eine Handreichung in PDF-

- Format werden der Interventionsplan, die Beschreibung von einzelnen Handlungsempfehlungen und Arbeitsblätter für die konkrete Umsetzung von Maßnahmen auf www.cultures-interactive.de zur Verfügung gestellt.
2. Um dem Weiterbildungsbedarf in diesem Feld gerecht zu werden, wurde eine aus insgesamt fünf zweitägigen Modulen bestehende Qualifizierungsreihe entwickelt, erprobt und intern sowie extern evaluiert. Diese Qualifizierungen vermitteln profunde Kenntnisse über rechtsextreme Äußerungsformen auf lokaler und überregionaler Ebene (jugendkulturelle Stile, Symbole, Musik, Organisationsformen), die darin enthaltenen Genderaspekte, sowie über politisch und gesellschaftlich relevante Themen wie ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘, Demokratie- und Beteiligungskonzepte, soziale Ausgrenzung u.a. Der Qualifizierungsfokus liegt auf der Einübung von notwendigen Interventionen sowie proaktiven Maßnahmen der Prävention, die mithilfe verschiedener Tools, Rollenspiele, Argumentationstrainings, und der begleiteten Entwicklung eigener Projekte umgesetzt werden. Die Teilnehmer_innen erhielten Fortbildungsmappen, in denen die aufeinander aufbauenden Materialien und erarbeiteten Ergebnisse gesammelt wurden.
 3. Ein Handlungskonzept mit Qualifizierungseinheiten alleine kann jedoch nicht die nötige fachliche Begleitung und Unterstützung bieten, die für den schwierigen Prozess der Deradikalisierung im Bereich des Rechtsextremismus nötig ist. Während der Projektlaufzeit ist deutlich geworden, dass die Kolleg_innen der Offenen Jugendarbeit strukturell unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten und mit dem Problem Rechtsextremismus sowie entsprechend gefährdeten Jugendliche zumeist völlig alleingelassen werden. An vielen Wirkungsstätten waren bspw. die Streetwork-Mitarbeiter_innen oftmals auch in äußerst prekären Situationen allein unterwegs und das Gebot der Teamarbeit wurde unterlaufen. Auch war in den Gegenden, wo eindeutig rechtsextreme Gruppierungen in teilweise krimineller Weise agierten, häufig keinerlei entsprechende Wahrnehmung in der Gemeinde zu verspüren.

Da man aber leider davon ausgehen muss, dass sich an der Situation der Jugendarbeit vor Ort so schnell nichts Wesentliches ändern wird, bezieht sich die dritte zentrale Empfehlung des Handlungskonzepts darauf, überregionale Unterstützungsstrukturen für das professionelle Handeln in der Intervention und Prävention gegen Rechtsextremismus aufzubauen. Cultures interactive e.V. (CI) arbeitet derzeit an einem Konzept für sozialpädagogische Coachingstrukturen, um Jugendarbeiter_innen über einen begrenzten Zeitraum mit bestimmten Zielstellungen begleiten und unterstützen zu können. Die Coaches müssten nach unserer Einschätzung konkret den Prozess eines übertragbaren Konzeptes, wie hier vorgeschlagen, begleiten, bestimmte Arbeitsschritte beobachten und deren Wirkungen einschätzen und fachlich spiegeln. Dabei sollten die Erarbeitung von Maßnahmen im Rahmen eines Hand-

lungskonzepts, die entsprechende Qualifizierung der lokal tätigen Kolleg_innen sowie deren nachhaltiges Coaching vor Ort auf eine Prozessdauer von circa zwei Jahren angelegt sein.

Besonders im Falle von organisierten rechtsextremen Gruppierungen aber auch bei rechtsextrem orientierten Milieus kann die Problemlösung nicht allein auf den Schultern einer unterfinanzierten Sozialen Arbeit liegen. Vielmehr sind hier beratende pädagogische Fachpersonen vonnöten, die auch den Einbezug des betroffenen Gemeinwesens als Ganzem ermöglichen, so dass diesem stets gesamt-kommunalen Problem nachhaltig wirksam begegnet werden kann.

Die Jugendarbeiter_innen, die wir mit dem Konzept ansprechen wollen, sollen pädagogisches Neuland betreten; und sie sollen dies in einer Institution bzw. in einer Region einbringen, in der sie schon länger tätig sind. Oftmals aber können im lokalen Alltag bestimmte Vorerfahrungen und Kenntnisse nicht erlangt werden, die unerlässlich sind, wenn z.B. bestimmte Haltungen in das pädagogische Handeln integriert und schwierige Diskussionen zu menschenverachtenden Äußerungen geführt werden sollen. Denn nicht selten müssen die Kolleg_innen wechselweise situativ unterscheiden, wann und inwiefern ein Jugendlicher Hilfe und Unterstützung braucht und wann er eine Gefahr darstellt, wenn z.B. im Jugendklub agitiert wird oder wenn Andere bedroht werden. Dabei gilt es stets zu differenzieren zwischen rein milieubedingten Äußerungen der Jugendlichen einerseits und bedenklichen Bekundungen von Hass und Aggression gegen bestimmte Personengruppen andererseits, die auf eine akute Radikalisierung und Gewaltneigung hinweisen. Zudem steht dies alles unter dem Zeichen der manifesten kriminellen Drohung, die bei schwindender Polizeipräsenz in infrastrukturschwachen Regionen von den rechtsextremen Milieus und Organisationen ausgeht.

Für all diese Aufgaben benötigen die Kolleg_innen Unterstützung, einen professionellen Außenblick und vor allem das Angebot eines vertrauensvollen Fachaustauschs. Eine auf Nachhaltigkeit angelegte Jugendsozialarbeit kann im Feuerwehr-Modus nicht funktionieren (Köttig 2012: 1). Sie bedarf einer soliden Vertrauensbasis und einer (zeit-)intensiven Beziehungsarbeit mit dem Klientel. Diese erfordert eine bestimmte Grundhaltung und kann nur langfristig aufgebaut werden.¹ Für das Präventionsfeld ‚Rechtsextremismus‘ gilt das umso mehr, weil es sich hierbei um eine schwierige gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt, die beinhaltet, dass auch das Gemeinwesen – lokale Verwaltung, Politik, Polizei etc. – als Zielgruppe von kontinuierlicher Arbeit mit einbezogen wird.

1 Zu den methodischen Prinzipien und Wirkfaktoren dieser Arbeit vgl. Weirnböck in diesem Band.

Der Interventionsplan für einen systematischen Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Der Hako_reJu-Interventionsplan will den Mitarbeiter_innen der Jugendarbeit in belasteten Regionen eine Systematik sowie Methoden anbieten, um das Problem ‚rechtsextrem gefährdete Jugendliche‘ vor Ort besser einschätzen und sinnvolle Maßnahmen planen und umzusetzen zu können. Bis Ende 2013 wurde der Interventionsplan in Qualifizierungsreihen in Thüringen und Sachsen vorgestellt und anhand von praxisorientierten Begleitmaterialien bezogen auf die praktischen Erfahrungen und Problemlagen der Teilnehmer_innen eingeübt. Die Rückmeldungen der Kolleg_innen waren sehr positiv. Mit dem Interventionsplan erhielten sie einen Handlungsleitfaden, der sie in die Lage versetzt, anhand von fünf empfohlenen Arbeitsschritten und Phasen selbstständig und überlegt tätig zu werden und auch die Grenzen ihrer Arbeit einzuschätzen. Die einzelnen Phasen sollen im Folgenden beschrieben werden.

1. Phase: Wahrnehmen

Dauer: Offener Prozess

Mittel und Maßnahmen	Akteure
Notwendigkeit zum Handeln erkennen	Jugendarbeiter_in Team der Einrichtung
Rechtsextreme Gefährdungslage bei Jugendlichen wahrnehmen	

2. Phase: Situationsanalyse

Dauer: 4-6 Wochen

Mittel und Maßnahmen	Akteure
Hako_reJu Handlungsempfehlung und Arbeitsblätter zur Analyse:	Jugendarbeiter_in Team der Einrichtung
<ul style="list-style-type: none">• Jugendliche/Dimensionen d. Gefährdung• Jugendliche in der Gruppe• Umfeld (und dessen Geschichte) und Familie• Jugendeinrichtung: Personal/Träger/Ausstattung• Gemeinwesen/kommunale Strukturen• (Über-)regionale Jugendhilfe-/zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen	

3. Phase: Ein Team im Prozess definieren

Dauer: 2-4 Wochen

<u>Mittel und Maßnahmen</u>	<u>Akteure</u>
Team aus Einrichtung ggf. von außen (Jugendhilfe, Schule) ansprechen u. für den Prozess gewinnen.	Jugendarbeiter_in Team der Einrichtung
Ein kleines Unterstützungsnetzwerk bilden: Über Mobile Beratungen, Coachingsysteme, ähnlich betroffene Einrichtungen vor Ort usw.	Coaching/Supervision/ Fachberatung hinzuziehen.
Im besten Fall steht ein Coach/eine pädagogische Fachberatung, die auf Grundlage des Handlungskonzepts arbeitet, zur Verfügung	Mit mobilen Beratungen, Ausstiegshilfen etc. Kontakt aufnehmen

4. Phase: Planung und Evaluation von Handlungsschritten

Dauer: idealtypisch eine Supervision pro Maßnahme

<u>Mittel und Maßnahmen</u>	<u>Akteure</u>
Mögliche Handlungsschritte, Zeit- und Maßnahmenplan plus Ziele festlegen	Jugendarbeiter_in Team der Einrichtung Coaching/Supervision/ Fachberatung
Was will ich, was kann ich erreichen? Was kann ich nicht erreichen? Wo liegen die Grenzen meiner Arbeit/ Arbeitsbedingungen? Welche Maßnahme will ich/wollen wir einsetzen? Indikatoren und Methoden der systematischen Selbstevaluation	

5. Phase: Umsetzung von Maßnahmen und Interventionen

Dauer: 9-12 Monate/Alle 6 bis 8 Wochen Besuch durch Coach (8-10 Termine)

Hako_reJu Fortbildungsreihe mit 5 Modulen (80 Stunden plus Intervention)

<u>Mittel und Maßnahmen</u>	<u>Akteure</u>
Intervention und Prävention gehen Hand in Hand	Jugendarbeiter_in Team der Einrichtung
a) Aktiv gegen rechtsextreme Erscheinungen und menschenverachtende Haltungen	Coaching/Supervision/ Fachberatung
b) Proaktiv demokratische Strukturen, Teilhabefähigkeit von Jugendlichen aus allen Milieus, Gender- reflektierte und menschenrechtliche Haltungen durch gezielte Angebote und Rahmenstruktur fördern	Ordnungsamt/Polizei Lehrer_innen/Jugendamt
c) Parallel oder vor Beginn der Maßnahmen: Fortbildung und Qualifizierung der Kolleg_innen	Landesprogramme/Fach hoch- und Ausbildungs- schulen/Universitäten

1. Wahrnehmen

Der erste Schritt ist es, als örtliche Fachkraft der Jugendarbeit erkennen zu können, wo im eigenen Bereich gegen Rechtsextremismus vorgegangen werden sollte, d.h. einschätzen zu können, welche Sachverhalte und Ereignisse vor Ort relevant sind und der Intervention bedürfen. Schließlich geht es in der Jugend- und Bildungsarbeit immer wieder um die Frage, ob wahrgenommene Phänomene – zum Beispiel im Bezug auf Kleidungsmarken, T-Shirt-Sprüche oder verbale Äußerungen – bei Jugendlichen eine besondere Gefährdungslage anzeigen oder eher im Sinne einer sekundären Anpassung an bestimmte Gruppendynamiken und milieubedingte Ausdrucksformen zu verstehen sind. So z.B. kann man mit Jugendarbeiter_innen lange Diskussionen darüber führen, ob es problematisch ist, wenn sich Jugendliche einander als „Schwuchtel“, „Jude“, „Spast“, „Opfer“ und „Nigga“ bezeichnen, oder ob es sich dabei um „normalen jugendlichen Sprachgebrauch“ handelt, der keine Rückschlüsse auf Haltungen und Umfeld zulässt. Hier gilt es zu sensibilisieren, was dergleichen Ausdrucksgewohnheiten für vielfach ausgegrenzte Gruppierungen, wie Homosexuelle oder Menschen mit Behinderungen, konkret bedeuten – und auch, was jene alltägliche Beleidigungskultur für die eigene Ingroup bedeutet. Zurecht wird in der wissenschaftlichen Projekt-Expertise unterstrichen, dass die Arbeit zum Thema Rechtsextremismus bereits bei der Vorurteilsbildung ansetzen muss, die nicht zuletzt durch kulturelle Alltagspraxen befördert wird (Küpper 2012).

Indizien für eine rechtsextreme Gefährdung und die Notwendigkeit zu handeln liegen vor, wenn: 1. fortwährend menschenverachtende Äußerungen erfolgen, 2. Jugendcliquen einschlägige Kleidung, Zeichen, und Codes tragen sowie Musik hören, die eine Affinität zu rechtsextremen Szene- und Orientierungszusammenhängen erkennen lassen, 3. der Jugendklub von einzelnen oder mehreren Jugendlichen besucht wird, die ihre Sympathien und Zugehörigkeit zu Rechtsextremismus offen äußern, 4. in der Region die NPD bei Wahlen hohen Zuspruch findet und/oder rechtsextreme Gruppierungen und Kameradschaften aktiv sind, 5. Jugendeinrichtungen oder Angebote von Kindern und Jugendlichen besucht werden, deren Eltern bekanntermaßen „Nazis“ sind.

Nehmen Jugendarbeiter_innen ein solches Anzeichen oder gar mehrere wahr, ist es ratsam, zunächst einmal eine eigenständige Situationsanalyse vorzunehmen, ist doch überstürztes oder alarmistisches Handeln zumeist eher kontraproduktiv.

2. Situationsanalyse

Den Blick auf das Phänomen zu schärfen und eine genaue Situationsanalyse vorzunehmen, hilft nicht nur, geeignete Maßnahmen zu finden, sondern macht die Jugendarbeiter_innen einmal mehr zu Fachleuten ihrer Klientel. Dabei gilt es, die gefährdeten Jugendlichen genauer einzuschätzen, wie auch die Cliquesstrukturen, in denen sie sich befinden, den Prozess und den Grad der Hinwendung zur rechten Szene, das konkrete Hass- und Gewaltverhalten, die persönliche Situation und die biografischen Ursachendimensionen. Darüber hinaus ist es wichtig, mehr Wissen über das soziale Umfeld zu sammeln. Was weiß ich über den Familien-Hintergrund der/des gefährdeten Jugendlichen? Sind die Eltern selbst in rechtsextremen Milieus? Und auch das umgebende Gemeinwesen und die kommunalen Strukturen sind zu betrachten. Von wem wäre konstruktive Unterstützung zu erwarten? Wer oder was blockiert ggf. eine explizite Auseinandersetzung mit rechtsextremen Gefährdungslagen? Wie problemoffen sind die eigene Einrichtung und der Träger, bei dem man angestellt ist? Welche Interventionen sind unter den vorliegenden Rahmenbedingungen überhaupt möglich? Welche (über-)regionale Jugendhilfe- und zivilgesellschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten gibt es?

Um das Sammeln von Beobachtungen im Prozess der Situationsanalyse zu unterstützen, wurden Arbeitsblätter zu verschiedenen Themen als Anregung und Arbeitserleichterung für die eigenständige Datensammlung entwickelt (siehe Tabelle). Dabei werden das Wissen/ die Erfahrungen zu den einzelnen Punkten in hypothetischer Form formuliert und können während des weiteren Verlaufs überprüft, korrigiert und durch neue Erkenntnisse erweitert werden.

3. Ein Team im Prozess definieren

Das Team sollte sich sowohl aus der Einrichtung bzw. dem Träger selbst als auch aus dem Gemeinwesen sowie aus externer Fachhilfe zusammensetzen: Wo kann man sich informieren bzw. Hilfe holen? Wer sollte ins Boot geholt werden? Mit wem sollte man vor Ort konkret zusammenarbeiten (Mitarbeiter_innen, Träger, Kommune, Verwaltung, Politik, Polizei, Vereine, regionale wie überregionale Fachleute von außen)? Nicht selten sind vor allem die anderen pädagogische Einrichtungen in der Umgebung sowie die Schulen und (Sport-)Vereine mit ähnlichen Problemen konfrontiert, ohne dass man sich darüber austauscht. Denn die Einrichtungen wollen oft nicht zugeben, mit derlei Belastungen konfrontiert zu sein, zumal befürchtet wird, dass sich aus einer öffentlichen Kritik auch ökonomische Nachteile ergeben können.

Neben den möglichen örtlichen Partner_innen kann auch überregionaler Austausch, Fachberatung und ggf. Fachcoaching in Anspruch genommen werden. Die mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus in den Ländern sind eine erste Adresse, um sich über rechtsextreme Phänomene und Möglichkeiten der Gegenmaßnahme kundig zu machen. Sollten bereits Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund erfolgt sein, können die Opferberatungen der Länder helfen. Für Menschen, die sich von der rechten Szene abwenden wollen, sind Ausstiegsberatungen auf Landes- wie auf Bundesebene ansprechbar. Familiäre Verstrickungen in die rechtsextreme Szene mit Auswirkungen auf das Kindeswohl sollten zudem gemeinsam mit dem Jugendamt beraten werden, um Möglichkeiten der Intervention auszuloten. Letztlich gibt es in manchen Ländern sowie auf Bundesebene Programme gegen Rechtsextremismus die neben (Telefon-)Beratungsleistungen auch entsprechende Förderprogramme anbieten. Diese sind auch regional über die Lokalen Aktionspläne (LAPs) zu erreichen, die ebenfalls geeignete Ansprechpartner_innen in Sachen Rechtsextremismus und Prävention sein können. Einen Überblick bietet die Seite www.biknetz.de des Bundesfamilienministeriums. Bei der Entwicklung des HaKo-reJu Handlungskonzeptes hat sich gezeigt, dass ein sozialpädagogisches Coaching den Prozess begleiten sollte.

Diese langfristige pädagogische Begleitung mag zuweilen den Charakter einer berufsbegleitenden Weiterbildung und Supervision haben und kann sich in verschiedenen Intervallen über mindestens zwei Jahre erstrecken. Denn es ist notwendig, die jeweils ergriffenen Maßnahmen und deren Wirkungen eingehend reflektieren zu können.

Auch geht es in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen nicht zuletzt darum, für sich selbst eine zuversichtliche und selbstsichere Grundhaltung zu bewahren, was angesichts des Ausmaßes an Ressentiments, Hass, Provokationen und Zwiespältigkeit, das hierbei ertragen werden muss, oft nicht leicht fällt. Zudem arbeitet man nicht selten gegen Strukturen, die beträchtliche Teile des Gemeinwesens umfassen und insofern massive Widerstände verursachen können. Hier ist Unterstützung von Außen unerlässlich.

4. Planung von Handlungsschritten

Mit den Erkenntnissen und Hypothesen aus der Situationsanalyse sowie dem Wissen darüber, mit welchen Akteuren man zusammenarbeiten kann, gilt es nun, Ziele zu bestimmen und die Umsetzung anhand eines Zeit- und Maßnahmenplans festzuhalten.

Hierbei sollte es sich nicht um ein starres System handeln, das es durchzuhalten gilt, sondern um einen Prozess, in dessen Verlauf es wichtig ist,

immer wieder im Team zusammen zu kommen und über Maßnahmen, Begegnungen und Resultate zu reflektieren. Dazu gehört unter Umständen auch, dass die Maßnahmen und Methoden überprüft und nötigenfalls nachjustiert werden. Ferner kann es angeraten sein, das Team oder Netzwerk zu erweitern oder gegebenenfalls auch den Prozess als solchen abubrechen – etwa wenn sich herausstellt, dass die Ideologisierung der Jugendlichen schon sehr verhärtet ist und es gleichzeitig von Jugendhilfe, Polizei und Kommune keine geeigneten Unterstützungsstrukturen gibt. Stefan Dierbach hat im Rahmen von HaKo_reJu ein einfaches und kostenfreies Eigenevaluationsmodell „Die Strategie der Schnecke“ entwickelt, welches hilft, die geeignete Maßnahme/Methoden schrittweise umzusetzen und zu evaluieren (Dierbach 2012).

5. Umsetzung von Maßnahmen und Interventionen

Bei der Umsetzung müssen zwei Aufgabenebenen konsequent im Blick behalten und durch entsprechende Maßnahmen eingelöst werden. Die erste Ebene ist die des aktiven Umgangs mit rechtsextremen Erscheinungsformen. Das betrifft die direkte Interaktion mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen, die Einleitung von Jugendhilfe-Maßnahmen und die klare Regelung der Verfahrensweisen in der Jugendeinrichtung. Die zweite Ebene umfasst den weiten Bereich an präventiven Maßnahmen, die es ermöglichen, nicht rechtsextreme Haltungen langfristig zu fördern. Eine durchdachte Organisation und Gestaltung der Jugendeinrichtung und ihres Programms an regelmäßigen und projekthaften Angebote kann dazu beitragen, dass die demokratische Teilhabefähigkeit, die soziale und emotionale Kompetenz, das genderreflektierende Bewusstsein und die menschenrechtlichen Haltungen bei Kindern nachhaltig gefördert werden. Hier sind ansprechende Beteiligungsmöglichkeiten, jugendkulturelle Praxisangebote sowie Gesprächs- und Bildungssettings hilfreich. Sie ermöglichen, dass Jungen und Mädchen von unterschiedlicher sozialer Herkunft erreicht werden und eine Kultur entstehen kann, die auch den Anfechtungen von Ideologie und Menschenfeindlichkeit zu widerstehen vermag. Nur wenn dies vorliegt und wenn sichergestellt ist, dass systematisch gegen rechtsextreme Phänomene vorgegangen wird, kann ein offenes Jugendangebot auch rechtsextrem orientierte Jugendliche bei sich aufnehmen und mit ihnen arbeiten.

Zentrale Themen für eine gelingende Jugendarbeit der Prävention und Intervention bei Rechtsextremismus

Die Befunde aus dem Hako_reJu Projektprozess ergaben fünf Schwerpunkthememen, die für die Jugendarbeit mit rechtsextrem gefährdeten Jugendlichen und deren Umfeld zentral sind:

- a) Rechtsextreme Erscheinungsformen,
- b) Demokratiebildung,
- c) Soziale Kompetenzerweiterungen,
- d) Gender und Rechtsextremismus,
- e) Jugendkulturen und der Umgang mit ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘.

Die Hako_reJu Qualifizierungsreihe wurde inhaltlich mit fünf Modulen entlang der genannten Schwerpunkte strukturiert.

a) Rechtsextreme Erscheinungsformen

Das Wahrnehmen von rechtsextremen Erscheinungsformen wurde bereits als ein wichtiger Faktor beschrieben. Neben dem Rechtsextremismus auf der parteipolitischen Ebene, dessen jugendkulturellen Niederschlägen oder den vermeintlich harmloseren Phänomenen auf der „Mitläufer_innen-Ebene“ gilt es, sich auch über Begrifflichkeiten klar zu werden. Warum steht der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ in der wissenschaftlichen Kritik, wird aber gleichwohl benutzt? Was genau bedeuten Begriffe wie ‚Neonazismus‘, ‚Rechtsradikalität‘, ‚Nationalismus‘, ‚Rassismus‘, ‚Rechtspopulismus‘ u.a.m.? Wo liegen die Unterschiede? Ferner sollte eine ungefähre Orientierung darüber erschlossen werden, mit welchen Argumenten man es auf politischer Ebene in der Gemeinde vor Ort zu tun hat. Denn nur so lassen sich geeignete Gegenstrategien aufbauen.

Bereits in der Phase der Wahrnehmung wird auch deutlich, wie die Projekt-Teilnehmer_innen der Module neben aller Recherche und Beobachtung auch die Gelegenheit ergreifen können, die Jugendlichen und Erwachsenen der Gemeinde direkt auf ihre einschlägigen Kleidungsembleme, Zeichen und gespielte Musik anzusprechen und z.B. nach deren Bedeutung und Motivationen zu fragen. Denn schon hier lassen sich hilfreiche Interaktionserfahrungen sammeln, was die Wahl der Situation und Ansprache betrifft und welche Umstände bei einer engagierten Kontaktaufnahme im öffentlichen Raum vermieden werden sollte. Insoweit keine direkte Konflikt- oder Eskalationssituation vorliegt, wird man hierbei vor allem die Techniken des narrativ-

dialogischen Sondierungsgesprächs erproben und einüben können. Sie sind für das HaKo_reJu besonders relevant, da sie die argumentative Verhakung vermeiden und es ermöglichen, gleichzeitig verbindlichen Bezug zum Gegenüber und deutliche Abgrenzung in der Sache herzustellen (vgl. Köttig in diesem Band).

Auf diesen persönlichen Erfahrungen der kontroversen Kontaktaufnahme im lokalen Milieu können die Kolleg_innen aufbauen, wenn später mit den Jugendlichen das Narrativ-Dialogische sowie weitere Verfahren und Methoden wie Rollenspiele und Argumentationstrainings eingesetzt werden sollen. Ein Planspiel zum Thema Ausgrenzung wird in diesem Band an anderer Stelle beschrieben (vgl. Bossert in diesem Band). Gerade die sensiblen Verhandlungsprozesse des Umgangs mit Rechtsextremismus und ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘ im Gemeinwesen oder auf öffentlichen Veranstaltungen lassen sich auf diese Art gut trainieren.

b) Demokratiebildung

Demokratiebildung als proaktive Maßnahme der Rechtsextremismusprävention im Rahmen von HaKo_reJu bezieht sich auf die Zielgruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsene, der Vertreter_innen des Gemeinwesens und der Pädagog_innen.

In jedem der drei Bereiche ist es wichtig, anfangs eine Klärung des Demokratieverständnisses in der jeweiligen Arbeitsgruppe herzustellen, als auch eine Bestandsaufnahme dazu, wie es um Demokratie- und Beteiligungsmöglichkeiten in der Gemeinde, Schule, im Jugendclub etc. bestellt ist. Für diesen Prozess bieten sich verschiedene Methoden an; so z.B. können die Gruppen gemeinsam ein Demokratiezeugnis für ihr soziales Umfeld erarbeiten.

Demokratiebildung ist ein wichtiges Element von Rechtsextremismusprävention, da ein falsches Verständnis von Demokratie bzw. die Unkenntnis ihrer Gefährdungen, genauen Erfolgsbedingungen und gesellschaftlichen Vorteile zur Folge haben, dass man rechtsextremen und fundamentalistischen Argumentationsmustern hilflos gegenübersteht. Bei der Vermittlung von Demokratieverständnis geht es vor allem darum, einen abstrakten Begriff in individuelle Einsicht und soziale Erfahrung sowie in einen lebhaften Prozess der persönlichen Beteiligung zu überführen. Dies beinhaltet offene und ehrliche Aushandlungen und ein gewisses Maß an Geduld, zwischenmenschlichem Interesse sowie einigen Zeitaufwand

Ein typischer Anwendungsanlass, bei dem sich aktivierende Demokratiebildung mit Rechtsextremismusprävention verbinden lassen, sind Aushandlungsprozesse mit Jugendlichen über die Verhaltensregeln im Jugendclub. Denn die Regeln für eine Hausordnung sollten genau auf ihre Stimmigkeit

und Verhältnismäßigkeit geprüft werden. Auch müssen sie jederzeit erklärbar und für jeden einzelnen Jugendlichen nachvollziehbar sein. Wenn z.B. rechtsextrem gefährdete Jugendliche bei der Frage, welche Zeichen, Marken und Symbolen im Club zugelassen werden sollen, einen gängigen Rechts-/Links(extremismus)-Vergleich ins Feld führen und monieren, dass das Anarchie-Zeichen zugelassen ist, während jegliche rechtsextremen Zeichen nicht erlaubt sind, dann stellt sich eine berechtigte Frage der Begründung und eine entsprechende Erläuterung muss erfolgen. Zudem schafft dies eine gute Gelegenheit, ein Verständnis darüber zu erarbeiten, was es bedeutet, wenn eine Ideologie bestimmte Gruppen von Personen ausgrenzt, menschenfeindlich agiert und mitunter Gewalt gegen und Vernichtung von Menschen(gruppen) als adäquates Mittel der politischen Aktion ansieht. Hier muss ein Konsens gebildet werden, dass dies in einem Jugendclub – und in einer Gesellschaft – so nicht akzeptiert werden kann.

Problematisch ist dabei, dass die Medien und staatlichen Organe gerade dieses Thema auf mitunter recht irreführende und ideologisch beeinträchtigte Weisen handhaben, so dass eine verlässliche Orientierung auf ein menschenrechtliches Demokratieverständnis oft nicht leicht fällt. Hier ist dann der Punkt, an dem Demokratiebildung auch mit dem umgebenden Gemeinwesen als Ganzem betrieben werden muss. Denn die Hausordnung eines Jugendclubs sollte sich auch mit den ungeschriebenen Regeln des lokalen Diskurses ins Verhältnis setzen lassen. Wie sonst sollen Kinder und Jugendliche für Politik und Prozesse der demokratischen Auseinandersetzung interessiert werden? Hier kann und soll auch über Politik, politische Haltungen und gesellschaftliche und lokale Konfliktthemen gesprochen werden – schon allein deshalb, um diese Themen nicht den populistischen Organisationen und Machtinteressen zu überlassen. Um im Beispiel der Jugendclubregeln zu sprechen: Wenn, wie es gerade in rechtsextrem belasteten Regionen oft geschieht, nur um des lieben Frieden willens und um lästige Diskussionen zu vermeiden alle irgendwie politisch konnotierten Symbole untersagt werden, gehen wichtige Themen verloren. Dabei erleidet auch die politische Mündigkeit und Einschätzungsfähigkeit der jungen Leute Einbußen, die für die Erhaltung einer freien, toleranten und gewaltlosen Gesellschaft wichtig sind.

c) Milieuspezifische Lernerfahrungen: Erweiterung sozialer und persönlicher Kompetenzen

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus besteht die wesentliche Aufgabe der Jugendarbeit darin, „als Sozialisationsinstanz und Bildungsort wirksam zu werden, der die Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen durch Jugendliche anregt und unterstützt.“ (Scherr:

2012: 110). Darüber hinaus sieht Kurt Möller ein wichtiges Anliegen der Rechtsextremismusprävention auch darin, einen Ausgleich an Defiziten im Bereich der Selbst- und Sozialkompetenzen herzustellen, von denen insbesondere bildungsferne Milieus durch mangelnde Teilhabe und fehlende Chancengerechtigkeit betroffen sind. Mit Bezug auf sein „KISSES“-Konzept empfiehlt Möller, den Jugendlichen gezielt Möglichkeiten der Kontrollerfahrung, Integration, des positiven sinnlichen Erlebens und der Sinnstiftung zu verschaffen. **KISSES** bedeutet Lebensgestaltung durch die Möglichkeit der **K**ontrollerfahrung, **I**ntegration, **p**ositives **S**innliches Erleben und **S**innstiftung. Dabei wird davon ausgegangen, dass es eben diese Erfahrungsmöglichkeiten sind, die das erwerbbar machen, was unter dem Rubrum der Selbst- und Sozialkompetenzen subsumierbar ist: Affektregulation, Empathie, Fähigkeiten zum Perspektivenwechsel, u.ä.m. Jugendlichen sollten solche Erfahrungen ermöglicht werden, damit die Gelegenheitsstrukturen und die Angebote der recht(sextrem)en Szene eingrenzt werden (vgl. Möller in diesem Band). Für Jugendarbeiter_innen geht es demgemäß konkret um Fragen wie:

- Welche Angebote könnten so attraktiv sein, dass Jugendliche aus allen sozialen und politischen Milieus motiviert sind, sich für neue Erfahrungen und den Erwerb neuer Kompetenzen zu öffnen?
- Wie lässt sich die Unterstützung in prekären Lebenslagen mit der Förderung von menschenrechtlichen und demokratischen Haltungen verbinden?

Die Jugendlichen, mit denen die Offene Jugendarbeit konfrontiert ist, kommen häufig aus sozial sehr prekären Milieus und gelten als schwer erreichbar. Daher müssen die Angebote niedrighochschwellig sein bzw. die Jugendlichen auf ihrer Ebene ansprechen und sie bei ihren Interessen abholen. Innerhalb dieses Rahmens sind verschiedene Verfahren möglich, um eine persönliche, ja sogar ausbildungs- und berufsorientierte Kompetenzstärkung mit der Vermittlung von menschenrechtlichen Haltungen sowie sozialen und emotionalen Fähigkeiten zu verbinden. Exemplarisch kann hier das „Fair Skills“-Verfahren von Cultures Interactive angeführt werden. Hier werden Jugendliche zu Jugendkultur-Trainer_innen qualifiziert und durchlaufen dabei auch Prozesse politischer Bildung, ein Anti-Bias-Training und Gruppenselbsterfahrungen. Im Anschluss führen sie dann eigene Workshops etwa im Skateboarding, Rap, Graffiti, Grafik-Design, DJing u.a. durch. (vgl. Baer/Wiechmann in diesem Band). Mit solchen Konzepten könnte Jugendarbeit (bei entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung) ein wichtiger Akteur werden, um bei jungen Menschen, die durch formale Bildungsangebote kaum erreicht werden, gezielt Bildungsprozesse anzustoßen.

d) Gender und Rechtsextremismus

Methoden der Genderreflektion, d.h. der Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen sowie Männlichkeits- und Weiblichkeitsentwürfen und der Beschäftigung mit spezifischen Herausforderungen für Mädchen und Jungen, stellen im Feld der Rechtsextremismusprävention eine pädagogische Querschnittsaufgabe dar.

„Geschlechtervorstellungen [kommt nämlich] eine besonders wichtige Rolle in [der] frühen Phase rechtsextremer lebensweltlicher Orientierungen zu, weil Jungen und männliche Jugendlichen hier ein Angebot erhalten, der Aufforderung richtige Männer zu werden, auf eindeutige Weise folgen zu können“ (Stuve 2010: 227).

Was die weibliche Beteiligung und deren Gender-Implikation im Rechtsextremismus anbetrifft, muss trotz einiger Publikationen aus den letzten Jahren immer noch ein beträchtliches Wahrnehmungsproblem verzeichnet werden: Rechtsextremismus wird gemeinhin nach wie vor als vorwiegend männliches Phänomen betrachtet. Mädchen und junge Frauen in der recht(sextrem)en Szene bzw. in gleichgerichteten Cliques gelten oftmals nur als Freundinnen der rechtsextrem orientierten Jungen und Männer, als Begleitung und nicht als eigenständig ‚rechts‘ und/oder gewaltbereit. Auch werden Frauen nur selten als Täterinnen zur Kenntnis genommen, weil ihnen Behörden der Strafverfolgung, Medien und Jugendarbeit häufig nicht zutrauen, ein selbstbestimmter Teil einer destruktiven und gewalttätigen Bewegung zu sein.² Die rechte Szene setzt diese Nichtbeachtung der Mädchen und Frauen mittlerweile bewusst ein, um möglichst unauffällig in die Mitte der Gesellschaft, in zentrale Positionen in Kindergärten, Schulen, Gemeinwesen etc., zu gelangen (vgl. Lehnert/Radvan in diesem Band).

Inhaltlich sollten daher folgende Aspekte im Blick behalten werden: geschlechtsspezifische Rollenverteilungen in rechtsextremen Organisationen und Parteien, binäre Geschlechtskonstruktionen als Teil rechtsextremer Ideologie (‚richtige‘, hegemoniale Männer vs. ‚richtige‘, familiär-folgsame Frauen, die „Volksgemeinschaft“ vs. Fremde), die Kritik an Gender-Mainstreaming und Feminismus als KampftHEMA von rechtsextremen Frauen und Männern, genderspezifische Themenbesetzungen im rechtsextremen

2 Interessant ist hierzu aktuell die öffentliche Wahrnehmung der Rolle von Beate Zschäpe im NSU-Mordtrio. Vgl. Michaela Köttig, Rena Kenzo: Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus, 12. April 2013: 2. Offener Brief zum Prozessbeginn gegen die mutmaßliche Rechtsterroristin Beate Zschäpe und zur Beteiligung weiterer Frauen im Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds <http://www.frauen-und-rechtsextremismus.de/cms/images/medienarbeit/offener-brief-2013-04-12.pdf> [Zugriff: 21.08.2013].

Populismus („Bedrohung deutscher Frauen durch Ausländer“, „Todesstrafe für Pädophile“).³

Eine wichtige Frage für die pädagogische Intervention ist, was junge Männer und Frauen in ihren lebensweltlichen Bezügen bewegt, sich der rechtsextremen Szene zuzuwenden und dabei auch nach genderspezifischen Ursachen zu suchen, um dann genderspezifische Ansatzpunkte der Prävention und Deradikalisierung zu entwerfen. Im Rahmen des Hako_reJu Konzepts wurden u.a. Methoden und Empfehlungen entwickelt, wie man den genderspezifischen Themenbesetzungen des Rechtsextremismus sowohl argumentativ als auch durch weitere pädagogische Angebote und Programmgestaltungen begegnen kann.

e) Jugendkulturen und der Umgang mit ‚Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit‘

In der Menschenrechtsbildung geht es im Rahmen von HaKo_reJu vornehmlich um die Vertiefung der praktischen Perspektive auf das Konzept der ‚Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘ (GMF), d.h. um die Entwicklung möglicher pädagogischer und jugendkultureller Ansätze, die in der Prävention von GMF und Hate Crime eingesetzt werden können. Hier stellen sich neuerlich die von Cultures Interactive und seinem Ansatz der jugendkulturellen Bildungsarbeit aufgeworfenen Fragen: Wie kann eine kluge, nachhaltige und interessengeleitete Intervention auf bildungsbenachteiligte Jugendliche hin eingestellt werden, so dass dort Impulse des rassistischen, sexistischen, homophoben oder sozialdarwinistischen Denkens und Handelns bearbeitet werden können. Dabei werden auch gemeinwesenorientierte Sachverhalte wie z.B. die sogenannten regionalen „No go Areas“ oder „befreiten Zonen“ thematisiert.

Jugendkulturen haben über Musik und Mode eine große und breitenwirksame Ausstrahlungskraft. Dabei werden verschiedene szenetypische Themen, Einstellungen und Redensarten artikuliert – und können dann in ihrer Vielfalt und eventuellen Zwiespältigkeit mit den Workshop-Teilnehmer_innen besprochen und reflektiert werden. Einerseits nämlich enthalten Jugendkulturen wie Hiphop, Punk, Emo etc. viele soziale Themen und Fragen von Fairness und ‚Respect‘, die von den Jugendlichen recht unterschiedlich ausgelegt werden und durch vielfältige individuelle Erfahrungen gedeckt sind. Andererseits kann von Jugendkulturen auch Problematisches ausgehen. Denn in

³ Ausführlicher dazu das EU Projekt „Women in Extremism and Prevention“ (WomEx) im besonderen den im Rahmen von WomEx und RAN Derad entstandenen Artikel: „Why should deradicalisation and prevention interventions be attentive to gender issues?“

manchem Produkt ist Ausgrenzendes und Beleidigendes enthalten, oder es hat offen sexistische und drastisch homophobe Züge; Ganz zu schweigen davon, dass rechtsextremistische Initiativen systematisch begonnen haben, in vielfältigen jugendkulturellen Gewändern zu erscheinen und so die tendenziell toleranten und inklusiv verfassten Jugendkulturen mit ihren Hass-Botschaften zu infiltrieren.

Umso ertragreicher aber ist es, jugendkulturell basierte Offene Jugendarbeit zu betreiben und sich mit all dem genau auseinanderzusetzen. Jedenfalls wird man sich hier am ehesten der Motivation und lebendigen Beteiligung auch der sog. schwer erreichbaren Teilnehmer_innen sicher sein können, zumal dann, wenn man versiert Szenevertreter_innen und praktische Kreativmöglichkeiten bereitstellt. Hako_reJu hat ergänzend zu den bisherigen CI-Verfahren neue Methoden, wie bspw. das „Schimpfwörterspiel“, das „Jugendkultur-Battle“ oder „Wie im Club“ u.a. eingeführt (vgl. Di Marco/Mahlich in diesem Band) Sie nehmen durchweg die Alltagsthemen der Jugendlichen auf und ermöglichen es, GMF-Phänomene im Alltagsumgang von Jugendclubs zu bearbeiten. Ferner lässt sich auf diese Weise in der Einrichtung ein wertschätzendes, kreatives, und gut gelauntes Klima schaffen.

Fazit

Bei aller notwendigen und systematischen Arbeit im Rahmen von Hako_reJu in den Sparten Demokratie- und Menschenrechtsbildung, Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, soziale und persönliche Kompetenzen und jugendkulturelle Reflexion und kreative Praxis darf nicht vergessen werden:

- Rechtsextremismus ist kein reines Jugendphänomen.
- Die Prävention von Rechtsextremismus und GMF kann nicht allein Aufgabe von Jugendarbeit sein, sondern verschiedene Akteure müssen in einem multi-agency-Ansatz zusammenwirken, um rassistischen, fremdenfeindlichen, sexistischen, antisemitischen oder antidemokratischen Tendenzen in verschiedenen Regionen und sozialen Milieus entgegenzuwirken
- Die Möglichkeiten, auf rechtsextreme Tendenzen zu reagieren, sind je nach lokalen Kontexten, Unterstützungsstrukturen und Bedrohungsszenarien unterschiedlich – und müssen jeweils in spezifisch justierter und interdisziplinär Weise aufgenommen werden.

Literatur

- Dierbach, Stefan (2012): „Mission impossible?“ Handlungsempfehlung für einen möglichen Umgang mit „rechtsaffinen“ Jugendlichen im Kontext der Sozialen Arbeit. Die „Strategie der Schnecke“. Expertise (unveröff., Veröffentlichung geplant im Frühjahr 2014 auf www.cultures-interactive.de)
- Köttig, Michaela (2012): Fachliche Stellungnahme zur Entwicklung eines Handlungskonzeptes für die Soziale Arbeit mit rechtsaffinen Jugendlichen im ländlichen Raum in Ostdeutschland – HaKo_reJu. Expertise (unveröff., Veröffentlichung geplant im Frühjahr 2014 auf www.cultures-interactive.de)
- Küpper, Beate (2012): Rechtsaffine Jugendliche in ländlichen Regionen Ostdeutschlands aus sozialpsychologischer Perspektive. Expertise (unveröff., Veröffentlichung geplant im Frühjahr 2014 auf www.cultures-interactive.de).
- Möller, Kurt (2012): Konzeptionen für die Soziale Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen in ländlichen Gebieten Ostdeutschlands. Empfehlungen aus sozialarbeitswissenschaftlicher Perspektive. Expertise (unveröff., Veröffentlichung geplant im Frühjahr 2014 auf www.cultures-interactive.de).
- Scherr, Albert (2012): Jugendarbeit und Rechtsextremismus: Was kann und was sollte Jugendarbeit zur Aneignung menschenrechtlicher und demokratischer Überzeugungen beitragen? In: Bundschuh, Stephan/Drücker, Ansgar/Scholle, Thilo (Hrsg.): Wegweiser Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus. Motive, Praxisbeispiele, Handlungsperspektiven. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, S. 107-121.
- Stuve, Olaf (2010): Geschlechterreflektierende Arbeit mit Jungen als Prävention gegen rechtsextremistische Einstellungen und Handlungsmuster. In: Claus, Robert/Lehnert, Esther/Müller Yves (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist ...“. Männlichkeiten im Rechtsextremismus. Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 226-236.